

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Zahnsanierungen bei Menschen mit Behinderung oder Kleinkindern

GR. **Hohensinner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Nach vielen Anrufen besorgter Eltern von Menschen mit Behinderung testete ich Ende Februar die Terminvergabe für Zahnsanierungen mit Vollnarkose auf der Kieferchirurgie des Landeskrankenhauses. Mit riesengroßer Verwunderung musste ich feststellen, dass der nächste Termin erst im März 2006 möglich ist! Ein Arzt der Kieferchirurgie erklärte die lange Wartezeit für Menschen mit Behinderung durch den erschreckenden Anstieg der Zahnsanierungen bei Kleinkindern – die Zahl der Zahnsanierungen bei Kindern hat sich seit 1998 verdreifacht! Kinder werden in der Planung immer vorgezogen, nehmen dann aber oft mit ihren Eltern die Termine nicht wahr und verhindern dadurch bei Menschen mit Behinderung eine schnelle Behandlung.

Ein Grund für den dramatischen Anstieg der Behandlungen bei Kleinkindern ist das Krankheitsbild „nursing – bottle - syndrom“: Kinder werden mit Trinkflaschen (Inhalt Cola, Fanta...) ins Bett gesteckt, um möglichst ohne größere Schreierei die Nacht durchzuschlafen. Es kommt aber hier zu einem starken, frühzeitigen Kariesbefall der Zähne vor allem im Oberkiefer. Das betroffene Klientel ist oft erschreckend unaufgeklärt und oft auch uneinsichtig – die Familien kommen innerhalb weniger Jahre mehrmals.

Im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf richte ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e:

Bist du bereit,

- den Verantwortungsträgern der KAGes den Inhalt der oben angeführten Thematik mitzuteilen, um eine rasche Zahnversorgung für Menschen mit einer Behinderung im LKH sicherzustellen und

- an das Reformteam der „Mutter–Kind–Pass–Kommission“ mit den Forderungen nach fachärztlichen Zahnuntersuchungen für Kleinkinder und Ernährungslehre für Erziehungsberechtigte heranzutreten? (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Zielgruppen der Gesundheitsberatung

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die nächste gesundheitsrelevante Fragestellung. Es geht um Zielgruppen der Gesundheitsberatung. Während die Leistungen der kurativen Medizin für alle Menschen zur Verfügung stehen, sind Maßnahmen der Vorsorgemedizin nicht im Leistungsspektrum der Sozialversicherungsträger enthalten.

Experten sehen eine der Ursachen für den Zusammenhang zwischen Armut und schlechter Gesundheit in einer verminderten Inanspruchnahme von Vorsorge. Wer geringes Einkommen und geringe Bildung hat, stirbt durchschnittlich früher als diejenigen mit höherem Einkommen. Arme Menschen haben nicht nur eine geringere Lebenserwartung, sie haben im Alter auch weniger von Behinderung freie Jahre in Gesundheit zu erwarten.

Um die Gesundheit der ärmeren Menschen zu fördern, müssen finanzielle Hemmschwellen der Inanspruchnahme von Vorsorgeleistungen beseitigt werden. Es ist daher eine wichtige Aufgabe des öffentlichen Gesundheitssystems, gezielt gerade die Zielgruppe jener Menschen zu unterstützen, die sich finanzielle Belastungen durch Maßnahmen der Präventivmedizin nicht leisten können.

Für diesen Zweck hat das Gesundheitsamt verschiedene Beratungsstellen eingerichtet. Es ist meines Wissens nach allerdings nicht bekannt, ob mit den Angeboten des Gesundheitsamtes gezielt jene Grazerinnen und Grazer erreicht

werden, die es aus wirtschaftlichen Gründen am nötigsten haben, von der Öffentlichkeit in ihren Vorsorgebemühungen unterstützt zu werden.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, das Gesundheitsamt mit der Überprüfung zu beauftragen:

1. Wieviele Menschen nutzen jährlich die Beratungs- und Untersuchungsangebote des Gesundheitsamtes?
2. Gelingt es mit den Angeboten des Gesundheitsamtes im besonderen Maße die Zielgruppe der ärmeren Menschen anzusprechen? (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Pilotprojekt – Mütterhaus für allein erziehende Frauen und ihre Kinder

GRin. **Stein** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Stein:** Vollzeiterwerbstätige Frauen verdienen weniger als vollzeiterwerbstätige Männer. Der Einkommensnachteil von Frauen beträgt bei gleicher Berufsausbildung und gleicher Tätigkeit bis zu 27 %. Frauen mit Kindern haben neben der Belastung, Beruf und Familie zu vereinbaren, zusätzliche Einkommensnachteile durch Zeiten der Berufsunterbrechung und Teilzeitarbeit. Dazu kommen finanzielle Nachteile durch verminderte Karriere- und Aufstiegschancen und

eine geringer Pensionsvorsorge. Die Armutsgefährdung von Alleinerziehern beträgt 31 %.

Alleinerzieherinnen und ihre Kinder haben diese Nachteile größtenteils alleine zu tragen und zu bewältigen.

Nach der Scheidung ist für viele Frauen finanziell ein Neustart nur sehr schwer möglich. Lebenserhaltungs- und Wohnungskosten, Betreuungs- und Ausbildungskosten für die Kinder etc. werden in Summe geradezu unerschwinglich.

In einem Mütterhaus sollen Alleinerzieherinnen die Möglichkeit bekommen, Eigentumswohnungen zu besonderen Konditionen im langfristigen Mietkauf zu erwerben. Dabei angespartes Kapital kann von den Frauen bei einem Verkauf der Wohnung jederzeit zurück erhalten werden. Ein Mütterhaus bietet den Frauen auf diese Weise die Basis für einen finanziellen Neustart, dabei erworbenes Kapital dient den Frauen auch zur Absicherung.

Das Mütterhaus bietet aber auch vielfältige Vernetzungschancen für die Bewohnerinnen im Alltag, wie zum Beispiel Kinderbetreuung. Eine gemeinsame Kinderbetreuung wird angedacht und bei Bedarf geregelt. Den Frauen soll weiters im Rahmen eines Mentoringprojektes eine Mentorin zur Seite gestellt werden, die sie begleitet und selbst organisierte Vernetzungsaktivitäten fördert.

Ziel des Projektes ist es, Frauen auch als Alleinerzieherinnen die Möglichkeit zu geben, sich wieder ein neues Leben aufzubauen. Für deren Kinder ist damit eine gesicherte Zukunft und befreitere Kindheit möglich, und so wird in weiterer Folge für die nächste Generation vorgebaut.

Es soll ein familiäres Wohnungszentrum in Graz geschaffen werden, das obendrein noch Kostenersparnis für die öffentliche Hand bringt. Ein Mütterhaus mit Eigentumswohnungen bedeutet: weg von Mietzuschüssen hin zur selbständigen Finanzierung von Eigentum. Die Kostenersparnis für die Stadt Graz und für die öffentliche Hand würde betragen pro Person 41.000,- Euro durchgerechnet.

Dieses Projekt ist im deutschsprachigen Raum einzigartig. Das Projekt soll als Pilotprojekt für Frauen starten und sich langfristig zu einem bundesweiten familienfreundlichen Unterstützungsnetz für allein erziehende Frauen und auch Männer entwickeln, das jede Gemeinde für sich selbst betreiben kann. Denn wir wollen Frauen und Männer stärken, damit sie nicht auf ihre Einkommensgrenze schauen müssen, ob sie noch Förderungen bekommen können. Denn zufriedene Arbeitnehmer braucht die Wirtschaft.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an dich, lieber Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Bist du bereit, dich dafür einzusetzen, dass das Projekt Mütterhaus mit Eigentumswohnungen für geschiedene Frauen und ihre Kinder begleitend mit einem Mentoringprogramm gestartet wird?

Zwischenruf GRin. Edlinger: Warum nur geschiedene?

GRin. **Stein**: Alleinerziehende.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Tarifgestaltung Messeparkplatz Fröhlichgasse

GR. **Mayr** stellt folgende Anfrage:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Messeparkplatz Fröhlichgasse wurde über einen längeren Zeitraum außerhalb der Messezeiten ohne rechtliche Basis von zahlreichen PendlerInnen, es gibt ja schließlich mehrere Betriebe in der Umgebung, auch die Monsbergerschule und vielen Graz-BesucherInnen als Gratis-Parkplatz genutzt, aber wie gesagt, ohne rechtliche Basis. Auf Initiative der GPG erklärte sich die Eigentümerin des Areals, die Messe-Graz, bereit, den Parkplatz auch außerhalb der Messezeiten offiziell zu bewirtschaften und somit das Parken auf diesem Areal auf eine legale und gesicherte Basis zu stellen (zumindest bis zu einer allfälligen Verbauung des Grundstückes). Die Tarifgestaltung, das sind derzeit 13,- Euro die Woche, scheint allerdings nicht optimal gelungen zu sein, da das Angebot nunmehr kaum genutzt wird.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, an die Geschäftsleitung der Messe-Graz mit dem Ersuchen heranzutreten, das Parkplatzangebot und dessen Tarifgestaltung im Bereich der Messe in Zusammenarbeit mit der GPG zu optimieren, um wieder eine Entlastung des umliegenden Gebietes zu erreichen und ein interessantes Park-Angebot für ArbeitnehmerInnen und BesucherInnen zu schaffen (*Applaus ÖVP*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Bin ich bereit.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Graz-Logos

GRin. Mag. **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Bauer**: Diese Anfrage geht auch in dieselbe Richtung wie meine Anfrage an Herrn Stadtrat Buchmann. Es gibt natürlich oftmals dasselbe, was von verschiedenen Gesellschaften oder Stellen ausgeübt wird und ich denke, dass in vielen Bereichen Synergieeffekte zu erzielen sind. Hier geht es um das Graz-Logo. Die Stadt Graz und einige Tochtergesellschaften verwenden das Logo mit dem Namen der Stadt Graz beziehungsweise planen, es zu verwenden. Aus den verschiedenen Aufträgen der verschiedenen Stellen beziehungsweise Gesellschaften resultieren ähnlich erscheinende, aber unterschiedliche Logos mit verschiedenen Farben beziehungsweise Schriftbildern. Dass dies jeweils Kosten verursacht, oftmals sehr hohe Kosten verursacht, sei hier auch angemerkt.

Im Sinne eines einheitlichen Erscheinungsbildes der Stadt und um gegebenenfalls Synergieeffekte wirken zu lassen, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob seitens der Stadt Graz dazu Pläne für ein koordiniertes Vorgehen bestehen? Getragen ist meine Anfrage auch von dieser Intention, dass in Tochtergesellschaften dringender Handlungsbedarf besteht und es ist abzuklären, wie es mit dem Logo weitergeht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Frau Gemeinderätin, bedanke mich, weil es auch mir schon lange ein Anliegen ist, dass wir, sowohl der Magistrat Graz als auch unsere Eigenbetriebe, also bei unseren Beteiligungen verstärkt auf dieses Logo und auf unsere Marke Graz Bedacht nehmen könnten und eine viel größere Werbewirksamkeit erzielen könnten beziehungsweise auch den Menschen unserer

Stadt darstellen könnten, wie viele Leistungen wir für sie erbringen. Auf der anderen Seite gibt es gerade bei Beteiligungen schon sehr langfristige Überlegungen im Marketingbereich, aber auch da laufen gerade gemeinsam mit dem Magistratsdirektor die ersten Überlegungen, wie wir das machen könnten und da werden selbstverständlich alle Klubs eingebunden werden.

Mag. **Bauer**: Es ist natürlich in der Handelsmarketing GmbH im Aufbau des Marketingkonzeptes besteht, darüber gesprochen worden und ich bitte auch hier die Tochtergesellschaften einzubinden, damit man nicht das Geld an zwei Stellen vergibt (*Applaus SPÖ*).

6) Entfernung der „Umrahmung“ des Denkmals am Hauptplatz

GRin. **Kahr** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Kahr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Das Erzherzog-Johann-Denkmal am Hauptplatz wird seit fast einem Jahr, wie Sie wissen, durch eine Reihe von Grünpflanzen, die durch Ketten verbunden sind, vor Menschen „geschützt“, die sich dort niederlassen könnten. Das haben Sie als Bürgermeister persönlich angeordnet und die „Hauptplatz-Punks“ unter anderem als Grund dafür genannt.

In der Grazer Öffentlichkeit und bei Besuchern und Besucherinnen unserer Landeshauptstadt dominiert aber Verwunderung und Befremden über die seltsame Installation am Grazer Hauptplatz.

Selbst nach Auffassung von Befürwortern dieses Schrittes ist nach dem Beschluss über das Landessicherheitsgesetz eine Grundlage dafür weggefallen, dass Grazer Topfpflanzen als Denkmalwächter eingesetzt werden.

Ich Richter daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen meiner Fraktion folgende

A n f r a g e :

Wann werden Sie die Absperrung rund um das Denkmal am Grazer Hauptplatz entfernen lassen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Klubobfrau! Auch da gleich eine klare Antwort. Das Landessicherheitsgesetz wird jetzt mit 1. April in Kraft treten. Es wird eine gemeinsame Besprechung noch geben zwischen dem Magistrat, der Polizei, auch unter Einbeziehung des Sozialamtes und wir wollen hier gemeinsam Schritte unternehmen, dass wir nach Einführung dieses Sicherheitsgesetzes auch wieder diese grüne Absperrung wegnehmen. Sehr wohl mir sehr viele Personen gesagt haben, dass eine Überlegung Platz greifen sollte, dass vielleicht in der einen oder anderen Ecke eine Begrünung dieses Denkmals natürlich mit einem Zugang für die Zukunft vielleicht installiert werden sollte. Das werden wir alles überlegen, aber diese Absperrung wird dann wieder wegkommen (*Applaus ÖVP*).

7) Übergangslösung für Puchmuseum

GRin. **Schloffer** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Am 11. März 2005 hat im Rathaus der zweite Runde Tisch über die Zukunft des Puchmuseums stattgefunden. Dabei hat sich herausgestellt, dass es im Zusammenhang mit einer geplanten Landessonderausstellung 2007 zum Thema Automobilland Steiermark die Möglichkeit gäbe, das Museum in Form einer Übergangslösung zu erhalten und anschließend als erweitertes Projekt in das Landesmuseum Joanneum zu

integrieren. Die großartige Möglichkeit einer Sonderausstellung im Jahre 2007 zwischen Land Steiermark Magna Steyr Landesmuseum Joanneum setzt auch voraus, dass die historisch wertvollen Stücke in der derzeitigen Johann-Puch-Ausstellung erhalten bleiben müssen. Auch die gefährdeten Archivbestände müssen planmäßig archiviert und aufgelistet werden.

Die bisherigen von der Immorent für das Landesmuseum Joanneum eingeräumten Konditionen waren Mietkosten von Euro 2.500.- pro Monat für 1.600m², zugleich Betriebskosten von 0,43 Cent pro m² (ohne Heizkosten, da keine Beeinträchtigung bei niedrigen Temperaturen für die Ausstellungsgegenstände gegeben ist). Der Museumsbetrieb erfolgt in den Wintermonaten eingeschränkt.

Für einen Fortbetrieb der Ausstellung in der bisherigen Form bis einschließlich 2006 würden sich die Kosten auf etwa 52.000.- Euro an Miete und rund 14.500.- Euro Betriebskosten belaufen (bei einer bleibenden Miethöhe von 3,10 Euro pro m²).

Der notwendige Beitrag könnte unserer Meinung nach von der Stadt Graz, Land Steiermark und der Firma Magna-Steyr gemeinsam aufgebracht werden.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs die

A n f r a g e :

Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Realisierung der genannten Übergangslösung für das Johann-Puch-Museum, damit die Möglichkeit bestehen bleibt, anschließend mit dem Land Steiermark, mit Joanneum und dem Bund, Technischem Museum eine bleibende und größere Museumskonzeption verwirklichen zu können (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, danke für diese neuerliche Anfrage zum Thema Puchmuseum. Da schlagen in unserem Herz zwei Seelen. Auf der einen Seite wollen wir alle, dass es nicht wie bei der Zweiradproduktion passiert, dass irgendwo anders, in einem anderen Bundesland dann eine Sammlung existiert und wir in der Stadt Graz, wo wir dieses Unternehmen hatten und worauf wir so stolz

sind, dann nichts präsentieren können. Aber insgesamt haben wir jetzt auch einmal angefragt, wo gibt es einen Mehrwert für die Stadt, ab wann funktioniert es. Wir haben ja auch unter Einbeziehung des Joanneums, die noch bis zum heutigen Tag eigentlich keine technische Sammlung haben, einmal ein Konzept entwickelt, aber die Kosten für ein international herzeigbares Museum liegen da im Bereich von jenseits von zehn Millionen Euro. Jetzt gibt es eine Übergangsgeschichte, wo man sagt, kann man das noch einmal retten, wir werden dann noch im Gespräch bleiben, es werden mir jetzt noch einmal Unterschriften übergeben in den nächsten Tagen, wir sind da dran, ich bin ein bisschen zwiegespalten, auf der einen Seite da wieder etwas zu verlängern, wenn es zum großen Schritt unter Umständen dann gar nicht kommt. Es wäre sehr schön, wenn vor allem im Landesbereich des Joanneums auch eine technische Sammlung einmal da wäre, weil gerade die Stadt Graz mit den Universitäten, mit diesen Unternehmungen allen Grund dazu hätten, so etwas auch zu offerieren und herzuzeigen. Ich möchte aber auch nicht, wie es in manchen Zeitungen gestanden ist, so quasi eine Todesbegleitung über Jahre machen und dann noch einmal Geld ausgeben. Also es wird jetzt noch einmal eine Besprechung geben, ob wir dann einmal dazu kommen, weil jedes Mal, wenn es dann wirklich um das Zahlen geht haben alle dann, ich sage nicht, einen Rückzieher gemacht, aber nichts Konkretes auf den Tisch gelegt. Aber ich verspreche Ihnen noch einmal eine Runde dazu und werde auch den Finanzreferenten noch einmal miteinbeziehen, wir müssen irgendwie diese rund 70.000,- Euro aufbringen, dann ginge es weiter, aber sichergestellt ist deswegen auf Dauer noch kein Puchmuseum in Graz.

GRin. **Schloffer**: Einen Nachsatz dazu. Das Problem ist nämlich das, es ist bereits fünf Minuten nach zwölf. Das Museum müsste mit Ende März ausziehen, das heißt, der Museumsbetreiber muss wissen jetzt, woran er ist, es könnte sein, dass dieses Wochenende das letzte Mal offen ist das Museum zur Besichtigung und dann werden die ganze Geräte wieder an die Besitzer zurückgegeben. Gibt es eine Übergangslösung oder gibt es gar nichts mehr, was soll er jetzt machen und darum jetzt heute noch einmal meine Anfrage, weil er nicht weiß, wie er weitertun soll. Die Miete, der Vertrag läuft noch bis Ende März.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist nicht mehr fünf es ist eins vor zwölf, wir müssen nächste Woche noch eine Entscheidung treffen.

8) Verkehrsverbund – Tarifierhöhung

GR. **Slamanig** stellt folgende Anfrage:

GR: **Slamanig**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren! Die für 1. Juli 2005 angekündigte Erhöhung der Tarife im steirischen Verkehrsverbund ist angesichts der Feinstaubbelastung im Großraum Graz ein denkbar schlechtes Signal für PendlerInnen und Umwelt.

Statt dessen wären ernsthafte Überlegungen über eine Senkung der Fahrgasttarife und über einen Nulltarif beim Verkehrsverbund an Tagen erhöhter Umweltbelastung notwendig. Es ist nicht förderlich, wenn Stadt Graz und GVB einander den „Schwarzen Peter“ zuschieben. Jetzt rächt sich der Verkauf des Energiebereiches der Stadtwerke. Dadurch ist eine Querfinanzierung der Grazer Verkehrsbetriebe aus den Erträgen des Energiebereichs nicht mehr möglich.

Jetzt ist die Stadtpolitik gefordert, um nach wirksamen Steuerungsmitteln bei der Verkehrsentwicklung zu suchen. Eine gesteigerte Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs hängt nämlich nicht zuletzt von einer attraktiven Tarifpolitik ab.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Welche Schritte unternehmen Sie, um die angekündigte Erhöhung der Tarife des Verkehrsverbundes zu unterbinden? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, diese Anfrage möchte ich aber gleich direkt beantworten, weil es hat eigentlich alle Stadtsenatsmitglieder wild getroffen, wie wir von dieser Erhöhung gehört haben, nämlich aus folgendem Grund: Im vergangenen Jahr gab es eine 5-prozentige Erhöhung, Sie wissen, dass im Verkehrsverbund die Verkehrsunternehmen diese Erhöhung gefordert haben, dazu gehören auch die Grazer Verkehrsbetriebe. Es waren 5 % im Jahr 2004 und es werden noch einmal 5 % im Jahr 2005 und keiner von uns in der Stadtregierung hat es für, und auch Sie empfinden das wahrscheinlich so, überhaupt empfunden, dass man eine solche Erhöhung durchgehen lässt. Es ist nicht zu rechtfertigen, weder mit Gehaltserhöhung, noch mit irgendwelchen Indexsprüngen eine solche Erhöhung und deswegen haben wir uns da jetzt einmal schnell quergelegt und einmal gesagt, so wird es nicht laufen. Es verhandelt hier ein Mitglied, nämlich der Finanzdirektion, sprich der Finanzdirektor selbst, natürlich auch Land und Bund sind mit am Tisch und wir haben natürlich auch mit unserem Stadtwerken und den Verantwortlichen der Stadtwerke gesprochen, eine solche Erhöhung ist gerade für uns, wo wir den Modalsplit erhöhen wollen, wo wir auf Grund der Feinstaubbelastung und auf Grund des hohen Individualverkehrs lieber mehr öffentliche Verkehrsteilnehmer haben, untragbar, dass es zu einer solchen Erhöhung kommt. Wir haben aber in unseren Verträgen eine automatische Erhöhung drinnen, aber die war auf alle Fälle zu hoch, das heißt, es wird eine geben, aber wahrscheinlich nicht eine so hohe.

GR. **Slamanig**: Ich nehme einmal die Antwort als wohlthuend zur Kenntnis. Aber ich möchte darauf verweisen, dass Schweden einmal versucht hat, im Fernverkehr seine Tarife um 50 % zu reduzieren, mit dem Ergebnis, dass dann 90 % mehr Personen im Fernverkehr waren. Also das soll man den Herrschaften in den Verkehrsbetrieben einmal versuchen klarzulegen, dass also nicht immer eine Erhöhung der Weisheit letzter Schluss ist (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben sogar einmal Berechnungen angestellt, weil das auch eine Stadt gemacht hat in Europa, was passiert, wenn man überhaupt sagt, es kostet

der öffentliche Verkehr nichts. Das Traurige ist, man hätte dann nicht nur die Kosten zu bewältigen, sondern unsere Verkehrsbetriebe wären da nicht einmal in der Lage, diesen öffentlichen Verkehr zu bewältigen, also sprich: diese Busse und diese Straßenbahnen zur Verfügung zu stellen, über solche Erhöhungen sollte einfach nicht einmal diskutiert werden in dem Ausmaß, das haben sich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nicht verdient.

9) Ostbahn-Unterführung der Lagergasse – Höhenkontrolle

GR. **Reiter** stellt folgende Anfrage:

GR. **Reiter**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Bereich der Ostbahnunterführung Lagergasse beim Möbelhaus Lutz kommt es immer wieder wegen der geringen Durchfahrtshöhe von drei Metern zu Rammunfällen, in die sogar Pkw-Möbeltransporter verwickelt sind. Die angebrachten Verkehrszeichen, die auf die Durchfahrtshöhe von drei Metern hinweisen, werden nicht selten ignoriert.

Bei den Lenkern der Autos, die in diese Unfälle verwickelt sind, handelt es sich nicht vorwiegend um Berufskraftfahrer, sondern um Kunden des Möbelhauses, die ihren Einkauf transportieren.

Da ihnen anscheinend die korrekte Einschätzung der Fahrzeughöhe fehlt, wäre es angebracht, vor der Unterführung eine Höhenkontrolle anzubringen wie dies bei Parkhäusern der Fall ist. Hier könnte man mit geringem finanziellen Einsatz eine positive Veränderung der Situation erreichen.

Hinzu kommt, dass in der Vergangenheit sogar Berufskraftfahrer mit Groß-Lkws bei Unfällen erhebliche Schäden an der Eisenbahnbrücke verursacht haben. Nach unseren Informationen sind für eine Verbesserung der Situation die ÖBB zuständig.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich bei den Österreichischen Bundesbahnen für die Installierung einer Höhenkontrolle bei der Ostbahnbahnunterführung Lagergasse (beim Möbel Lutz) einzusetzen? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat erlauben Sie mir eine Wertung. Das ist ganz was Gescheites, ich kenne dermaßen viele Lkws die dort schon hineingefahren sind und ich glaube, da hat jeder in seiner Familie schon fast dieses Erlebnis gehabt, weil dort gibt es eine Senke und wenn du wieder hinauffährst, bleibt der Lkw sogar stecken und die Menschen behelfen sich meistens, indem sie die Luft auslassen dort, damit der Wagen wieder herunterkommt und dann wird er rausgeschoben oder rausgefahren, dort gehört dringend eine solche Höhenkontrolle angebracht. Da gibt es viele persönliche Erfahrungen (*Applaus ÖVP*).

10) Verkehrserschließung im Bereich Messe/Stadion/Graz-Süd-Ost, „Messequadrant“

GR. Mag. **Candussi** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Bei der Verkehrserschließung des Messequadranten werden zwar zusätzlich 1.400 Stellplätze auf dem Messegelände geplant und in Summe sollen trotz wegfallenden 1.600 Stellplätzen, sogar noch 500 Stellplätze dazukommen – aus dem entwickelten Konzept ist jedoch nicht zu entnehmen, wo und wodurch diese Stellplätze gewonnen werden sollen.

Bei den Annahmen zur Erstellung des Konzeptes fehlt auch eine Miteinbeziehung anderer wesentlicher Verkehrserreger, die über die identischen Straßen beziehungsweise Kreuzungen erreicht werden müssen, wie zum Beispiel das bestehende Stadion, aber auch künftige neue Verkehrserreger wie der geplante Gewerbe- oder Hotelbereich am Beginn des Autobahnzubringers, neue Betriebe westlich der Conrad-von-Hötzendorfstraße (auf Bahngrund), etc. wurden nicht beachtet.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

- Weshalb wurden die anderen (bestehenden und künftigen) Verkehrserreger in diesem jetzt beurteilten Straßennetz nicht in diese Verkehrsuntersuchungen bezüglich „Messequadrant“ aufgenommen,
- welche Straßen sind für die geplante Verlagerung, Zitat aus dem Papier, von „20 % des normalen Werktagsverkehrs auf andere Routen“, Zitat Ende, vorgesehen;
- in welchen Bereichen sollen künftig bei gleichzeitigen Großveranstaltungen im Stadion die Ersatzparkplätze (nach Wegfall des Messeparkplatzes in der Fröhlichgasse) geschaffen werden,
- wo wird der Ersatz für die wegfallenden Alleebäume in der Conrad-von-Hötzen-dorfstraße, Münzgrabenstraße, etc., geschaffen
- und wo werden die Ersatz-Stellflächen für die Bewohner in diesem Bereich geschaffen?

Zwischenruf GR. Eichberger unverständlich.

Mag. **Candussi**: Kollege Eichberger, es ist nicht so wichtig, dass es verständlich ist, wortgleich wurde diese Anfrage vor ungefähr zwei Jahren schon eingebracht, nur wir warten bis heute auf eine diesbezügliche Antwort, genauso wie du und aus diesem Grunde heute die Wiederholung. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals für diese Anfrage. Ich möchte sie dann auch geschäftsordnungsgemäß erledigen, weil viele Punkte dabei sind, die ich mit der Messe neu abzuklären habe. Wir haben uns erst bei der Aufsichtsratssitzung natürlich wieder darüber unterhalten, wie es mit der Parksituation weitergehen soll.

Prinzipiell haben wir durch die Umstellung des Messegeschehens mehr hin zu den Messe- und Kongressbereichen und zu den Stadthallenbereichen mit maximal 11.000 Besuchern eine enorme Einschränkung, weil früher hat es am Tag bis zu 20.000 Besucher gegeben, das heißt, hier findet für den Bezirk Liebenau und Jakomini schon einmal eine ordentliche Entlastung statt. Was die Parkflächen anbelangt, hängt das auch ein bisschen mit dem Verkaufserfolg und mit dem Verkaufsdruck der anliegenden Liegenschaften zusammen und da gibt es ja einige Projekte wie zum Beispiel das Projekt am Sportklubplatz, oder wie Projekte am jetzigen Parkplatz Fröhlichgasse. Sollte es dort zu Verbauungen kommen, gehen wir davon aus, dass ja auch bei diesen Bauten Tiefgaragenplätze zusätzlich kommen werden und da gilt es dann, auch diese Garagenplätze unter Umständen gemeinsam zu poolen und zu nutzen, all diese Überlegungen laufen dort, aber ich werde es trotzdem schriftlich beantworten, damit all die Fragen geklärt sind, aber das als erste Information, da wird heftig gerade darüber nachgedacht, wie man das alles dort schaffen kann.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Veranstaltungsrichtlinien

GR. **Khull-Kholwald** stellt folgende Anfrage:

GR. **Khull-Kholwald**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Um die vom Grazer Gemeinderat beschlossenen Veranstaltungsrichtlinien einer sinnvollen Bewertung unterziehen zu können, ist es notwendig, die Anzahl und Dauer der Veranstaltungen, welche diesen Richtlinien unterliegen, mit der Zahl von Überschreitungen und den daraus resultierenden Strafen vergleichen zu können.

Für die Jahre 2000 bis 2003 liegen mir auf Grund der Beantwortung der Anfrage Nr. 199/2004 Basisdaten vor, die allerdings ein wenig lückenhaft erscheinen. Insbesondere fehlt die Information, bei wie vielen Veranstaltungen eine Überschreitung der Richtlinien Strafen nach sich gezogen haben.

Für das Jahr 2004 liegen mir überhaupt keine Daten vor.

Am Beginn der Sitzung hat mich der Herr Magistratsdirektor ersucht, im Sinne der Korrektheit den Begriff Daten hier zu definieren. Ich darf das ganz kurz tun. Selbstverständlich sind hier mit Daten nicht Namen von VeranstalterInnen gemeint, sondern statistisches Material, welches eine Gegenüberstellung von Überschreitungstatbeständen und der Anzahl der ausgesprochenen Strafen sinnvoll ermöglicht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich werde sie geschäftsordnungsgemäß erledigen, ich kann Ihnen im Moment dieses von Ihnen jetzt spezifizierte Datenmaterial noch nicht liefern.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Internet/Anfragebeantwortung

GR. **Khull-Kholwald** stellt folgende Anfrage:

GR. **Khull-Kholwald**: Im Internetauftritt der Stadt Graz, der Teil, wo man auch die ganzen Gemeinderatssitzungen nachlesen kann, ist hier gemeint, kann man eben auch nachlesen, welche Anfragen und Anträge von den einzelnen MandatarInnen eingebracht werden. Sohin ist das Internet sicherlich ein Weg, um unsere Arbeit hier einem Teil der Grazer Bevölkerung öffentlich zu machen.

Wenn wir damit eben auch nur einen Teil der Bevölkerung erreichen, muss das noch lange nicht bedeuten, dass wir in diesem Teil wiederum auch nur einen Teil der Information liefern. Da es meines Erachtens ganz offensichtlich technisch möglich ist, Anfragen ins Netz zu stellen, so muss es meines Erachtens auch technisch möglich sein, die dazugehörigen Antworten ebenfalls ins Netz zu stellen und somit unserer Bevölkerung elektronisch zu präsentieren!

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass im Internetauftritt der Stadt Graz im Sinne einer guten und ehrlichen, offenen Kommunikation mit unserer Bevölkerung neben den von den GemeinderätInnen erarbeiteten Anfragen und Anträgen auch die jeweiligen Beantwortungen öffentlich gemacht werden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, kann ich mir vorstellen, werde Ihnen dann genau sagen, wie wir das umsetzen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Bevölkerungsveränderung 2001 – 2005

GR. **Khull-Kholwald** stellt folgende Anfrage:

GR. **Khull-Kholwald**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! In der Geschichte, wie es zu dieser Anfrage gekommen ist, stand ich

tatsächlich eine zeitlang vor dem Problem, ich kann es eigentlich nicht glauben und ich hoffe, wenn Sie mir zuhören, wir es Ihnen ähnlich gehen. Im Zuge einer Recherchetätigkeit für Fragen der Stadtplanung habe ich den Versuch unternommen, aktuelle Zahlen über die Bevölkerungsveränderung in den Bezirken Liebenau, Puntigam, Wetzelsdorf, St. Peter und Andritz im Zeitraum seit der Volkszählung 2001 bis heute zu erhalten.

Im Referat für Statistik, das für diese Frage eindeutig zuständig ist, habe ich folgende Auskunft bekommen: Es ist in Graz im Unterschied zu anderen Städten in Österreich nicht möglich, aktuelle und richtige Zahlen, welche den Bevölkerungsstand beziehungsweise die Bevölkerungsveränderung im genannten Zeitraum beschreiben, zu liefern.

Da diese Zahlen nicht nur für Fragen der Stadtplanung, sondern auch für UnternehmerInnen insbesondere zum Beispiel für ApothekerInnen und Lebensmittelmärkte, aber auch für Studierende bei der Erstellung von wissenschaftlichen Arbeiten wichtige Primärinformationen darstellen, muss ich darauf drängen, dass Graz sich in dieser Frage dem österreichischen Standard bitteschön angleicht.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass ehestmöglich auch die Stadt Graz aktuelle und richtige Zahlen über den Bevölkerungsstand auf ihrem Gemeindegebiet zur Verfügung hat?

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist kaum zu glauben, aber es ist leider so, wir werden massive Anstrengungen unternehmen, dass wir hier mit unserem zentralen Melderegister und mit den anderen Registern endlich zum Abgleich kommen, wir arbeiten daran (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.